

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 19

Artikel: Nicht erst seit Castros Erklärung vom 1. Mai : Kubas kommunistische Struktur
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076439>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nicht erst seit Castros Erklärung vom 1. Mai

Kubas kommunistische Struktur

Bei der Maifeier in Havanna nach seinem Sieg über die Invasionskräfte nannte Fidel Castro sein Land erstmals «sozialistisch» (d. h. kommunistisch und nicht etwa sozialdemokratisch) ohne jegliche Einschränkung. Damit ist die Insel in die Phase des offenen Kommunismus eingetreten und wird zur Volksdemokratie nach europäischem Rezept. Doch ist dies nicht ein Blitz aus blauem Himmel, sondern eine Etappe auf einem konsequent verfolgten Weg. Kubas Entwicklung zeigt die erkennbaren Merkmale der werdenden kommunistischen Staaten.

«Bitte recht freundlich»

Nach dem Fiasko des gescheiterten Umsturzversuches durch amerikanisch unterstützte Exilkubaner wird Kennedy von akademischen Kreisen ermahnt, seine feindliche Haltung Castro gegenüber zu ändern, um dem kubanischen Machthaber die Rückkehr ins demokratische Lager zu erleichtern. Dieser Aufforderung scheint die Meinung zugrunde zu liegen, dass Castros Kommunismus halbwegs als eine Erscheinung umstandshalber zu verstehen sei, eine transitorische Einstellung ohne tiefe Verwurzelung in der Struktur des Regimes.

Eine ähnliche Vorstellung dürfte den Artikel eines verbreiteten amerikanischen Magazins beeinflusst haben, wo vor zwei Wochen stand: «Sie (die europäischen Satelliten) sind nicht ihre eigenen Herren. Castro aber ist es. Im unwahrscheinlichen Fall, dass er sich entschliesse oder überzeugen liesse, sein Land der freien Welt zurückzuführen, könnte ihn nichts zurückhalten. Kuba ist viel eher enger Mitarbeiter der Kommunisten als selbst ein kommunistischer Staat... Gesamthaft betrachtet geht es den Kubanern in den Zuckerpflanzungen besser als zuvor. Castro hat ihnen Heime, Schulen und Spitäler gebaut. Der Kommunismus ist ihnen völlig gleichgültig, die meisten von ihnen haben Vertrauen.»

Plausibel aber nicht richtig

Diese Gedankengänge sind weit verbreitet. Sie basieren auf einigen richtigen Beobachtungen, aber werten sie schlecht aus. Was die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus anbetrifft, so hat das noch nie seine Machtübernahme verhindert. Dass es der Mehrheit besser geht als zuvor, dürfte den Tatsachen entsprechen. Der Weg des Kommunismus führt oft über die Befreiung von tatsächlichen Missständen (was der Westen einsehen muss, um seinen Aufgaben gerecht zu werden), sein Ziel aber bleibt erneute Knechtung, wenn der Staat das freigebig Verteilte wieder an sich nimmt und aus den Besenkten wieder Sklaven macht. Schliesslich ist es unzutreffend, dass die kubanische Staatsstruktur nicht kommunistisch sei, wenigstens, wenn man nicht weiter präzisiert. Zutreffend ist vielmehr, dass der Kommunismus auf Kuba bisher noch nicht in seiner vollen Ausprägung durchgeführt war. Er befand sich in einer demokratischen Phase, die aber zur kommunistischen Entwicklung gehörte und deren Indizien hatte. Kuba befindet sich in der Phase, in der sich die europäischen Satelliten 1948 befanden.

Der Weg

Als Castro am 8. Januar 1959 nach dem Sturze des Diktators Batista in Havanna einmarschierte, tat er dies an der Spitze einer echt demokratischen Befreiungs-

armee. Die Kommunisten hatten sich während des Kampfes gegen das vorherige Regime, der vorwiegend von der Mittelklasse und der «Intelligenz» geführt wurde, abseits gehalten. Aber sie wussten sich früh der siegreichen Revolution zu bemächtigen und mit Hilfe des neuen Herrn das demokratische Kader beiseitezuschieben. Den USA schien freilich der Massstab für die aufkommende kommunistische Drohung ihre wirtschaftlichen Einbussen zu sein, und nach diesen Gesichtspunkten, nicht nach den strukturellen Indizien wurde auch weiterhin der kubanische Kommunismus definiert und behandelt. Der Weg zum kommunistischen System ging unterdessen über eine tiefgreifende innere Entwicklung vor sich.

Zwei Phasen

In seinem Werdegang durchläuft ein kommunistischer Staat, der nicht als Fertigprodukt eine andere Gesellschaftsform auflösen kann, zwei Phasen: eine bürgerlich-demokratische (wirtschaftliche Etappe) und eine sozialistisch-kommunistische Revolution (politische Etappe).

In der ersten Phase werden Agrarreform und Verstaatlichung der Grossindustrie durchgeführt, in der zweiten (die in dieser Hinsicht auf Kuba schon früher begann) werden die politischen Gegner liquidiert und das System samt seinen rückläufigen Bewegungen (Uebnahme des verteilten Bodens) durchgeführt.

Bodenreform

Die wirtschaftliche Umgestaltung begann auf Kuba mit der Bodenreform vom Mai 1959, von Fidel Castro als «Grundgesetz der Revolution» bezeichnet: Unentgeltliche Zuteilung von Boden an die Bauern, wobei die Kreise um Batista direkt enteignet wurden, andere Grundbesitzer das Land gegen Entschädigung, die der Staat übernahm, abtreten mussten (was in der Praxis wie in den übrigen Volksdemokratien einer leicht gemässigten Enteignung gleich kam). Doch wurde der volksdemokratische Charakter der Bodenreform vor allem durch die Gründung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG = Kolchosen) zum Ausdruck gebracht, von denen man schon im Sommer des letzten Jahres 800 zählte, die staatliche Unterstützung genossen. Anschliessend folgte die Errichtung der 1000 LPG für den Zuckerbau auf den inzwischen enteigneten Gütern der amerikanischen Monopole. (Der Zucker — 30 Prozent des Nationaleinkommens, über 80 Prozent des Exportes — ist Kubas wichtigster Wirtschaftszweig.)

Industriekontrolle

Die industrielle Nationalisierung als komplizierter Vorgang kann ohne Produktionsstopp nicht direkt durchgeführt werden. Der Weg führte in Kuba — genau wie in den europäischen Volksdemokratien — über zunehmende Staatskontrolle. Für die

weitere Industrialisierung sicherte sich der Staat die Investitionsmittel teilweise durch Anteile am Gehalt der Werktätigen, die damit «ihre» Industrie aufbauen konnten. Weiter sprang der kommunistische Block ein, der sich zu Zuckerimporten verpflichtete und dafür seinen Teil am industriellen Aufbau übernahm. Die Phase, in welcher der Staat die Industrie unter seine Aufsicht nimmt, nennt die sowjetische politische Oekonomie «Staatskapitalismus», weil der Staat den kapitalistischen Produktionsrahmen noch beibehält, ihn aber unter seine Kontrolle bringt. Er wird in der kommunistischen Literatur ausdrücklich nur als Uebergangsperiode anerkannt.

Die Bevölkerung profitiert in dieser Phase von der Entwicklung, die ihr viele neue Vorteile gewährt. Gewissermassen wird

Meldungen von morgen

Ist in Haiti, Nachbar Kubas auf der gleichen Insel wie die unter dem Regime Trujillo heftig gegen Castro eingestellte Dominikanische Republik, die Stimmung im Begriff, gegen die Vereinigten Staaten umzuschlagen? Die Bevölkerung identifiziere die USA zunehmend mehr mit ihrem unbeliebten autoritären Präsidenten François Duvalier, der amerikanische Militärlieferung in Hinsicht auf die Bedrohung durch Kuba erhält. Die Mittel verwendet er anscheinend in erster Linie, um seine persönliche Macht zu stärken und Gegner im Innern politisch — wenn nicht physisch — verschwinden zu lassen. Der farbige Duvalier siegte 1957 in fragwürdig erscheinenden Wahlen und hält sich vornehmlich durch seinen Polizeiapparat. Die französisch sprechende, fast ausschliesslich aus Negern und Mulatten bestehende Bevölkerung gehört zu den ärmsten des Kontinentes, da der Kaffee-Export als wirtschaftliche Grundlage nicht ausreicht. Die amerikanische Hilfe zeitigte sehr wenig Erfolg, weil kein wirkungsvolles Entwicklungsprogramm vorliegt. So blieb es bei einer Autobahn und verschiedenen Anläufen, um die Slums der Hauptstadt Port au Prince durch neue Wohnquartiere zu ersetzen.

Ein Interpretationswandel zeichnet sich in der Tschechoslowakei in der Frage der örtlichen Volksgerichte ab, die zwischen den eigentlichen Justizorganen und den gesellschaftlichen Kameradschaftsgerichten eine Mittelstellung einnehmen. Sie sind einerseits in der Verfassung als Teil des Gerichtssystems definiert, haben andererseits aber die Aufgabe, über die Einhaltung der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens zu wachen und jene «Rechtsnormen» anzuwenden, die im Gesetz nur in allgemeiner Form enthalten sind (d. h. nicht weiter definierte Regeln «kommunistischer Moral»), was der Partei grössten Spielraum für ihre jeweilige konkrete Linie gibt. Nun zeigt sich in grossen Pressediskussionen die Tendenz, den gesellschaftlichen Charakter dieser Zwitterinstitution triumphieren zu lassen, und der kontrollierbaren Rechtsprechung ein weiteres Gebiet zu entziehen. Wie weit diese Gerichte Strafkompetenzen oder nur Erziehungskompetenzen haben, bleibt unklar.

die Beute des alten Systems aufgeteilt. Aber darnach sind dann diese Reserven erschöpft: in der zweiten Phase verliert der Einzelne das neu Erhaltene wieder an den Staat. Dann erst merkt der Bauer und Arbeiter, was Kommunismus heisst. Die weitere Entwicklung der LPG zum Staatsgut (Sowchose) ist jetzt in vollem Zug, ebenso die Vollverstaatlichung der Industrie.

Planwirtschaft, Arbeitsrecht, Regime

Der volksdemokratische Charakter der kubanischen Revolution kam aber vor allem schon früh durch die Planwirtschaft zum Ausdruck. Ein Zentralrat für Planung wurde geschaffen, der mit Hilfe der Nationalbank den ersten «Perspektivplan» (Plan auf weite Sicht) auszuarbeiten hatte, eine typische Erscheinung der kommunistischen Oekonomie.

Der Anschluss Kubas an den kommunistischen Block zeigt sich des weiteren in der Gesetzgebung, besonders deutlich im Arbeitsrecht. Private Arbeitgeber sind praktisch in ihrer Handlungsfreiheit gelähmt. Sie können (Gesetz Nr. 759 vom 11. März 1960) für Entlassungen von Arbeitnehmern zu Freiheitsstrafen verurteilt werden. Rohrzuckerproduzenten (soweit es noch private gibt) haben ihren ständigen Arbeitern unentgeltlich Boden zur Verfügung zu stellen, während die Saisonarbeiter zwischen den Arbeitsperioden einen Teil ihres Lohnes erhalten (was bis zur durchgeführten Vollbeschäftigung immerhin eine Besserung gegenüber früher ist). Für die Beurteilung von Differenzen, die sich aus Arbeitsver-

hältnissen ergeben, ist nicht etwa ein Gerichtsorgan zuständig, sondern eine staatliche Behörde, das Arbeitsministerium. Damit übernimmt der Staat unwegslos Justizbefugnisse. Die zumindest faktische Aufhebung der Gewaltentrennung ist ein weiteres Kennzeichen kommunistischer Staaten.

Heute sind dazu die übrigen Indizien eines kommunistischen Regimes weitgehend erfüllt: Das volksdemokratische Milizsystem, die auf dem Programm stehende Verstaatlichung aller Schulen (einschliesslich der konfessionellen), Aufhebung der Meinungsfreiheit (alle unabhängigen Zeitungen und Radiostationen sind im Laufe der «sozialistischen Revolution» aufgehoben worden, Druck gegen die Kirche (letzter Schritt in der Kampagne: Ausweisung aller ausländischen Priester und Ordensleute), Kontrolle über die Arbeiterschaft (alle Gewerkschaften von der Regierung übernommen), Ausschaltung der Gegner durch politischen Terror und als sicherstes Indiz: das Einparteiensystem (mit Ausnahme der Volkssozialisten = Kommunisten wurden sämtliche politischen Parteien aufgelöst).

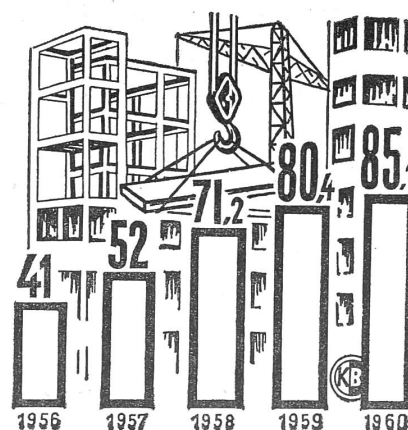
Und zur reibungslosen Durchführung des Programms sind die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben worden, d. h. bis sie nach kommunistischem Vorbild mit Einheitsliste durchgeführt werden können. Das ist der Staat, von welchem gehofft wird, er werde auf ermunternde Haltung des Westens wieder zum Lager der freien Welt zurückkehren.

wohner oft selbst nicht nur für die nötigsten baulichen Einrichtungen, sondern manchmal selbst für Baumaterialien besorgt sein.

Den Vorrang bei den Bau-Investitionen geniessen Industrien, öffentliche Gebäude und viele Repräsentationswerke (Mammutstadien, Kulturpaläste, Versammlungsräume), für welche die Bevölkerung oft zu «freiwilliger Aufbau-Arbeit» herangezogen wird, während sie selbst über ungenügende Unterkunft verfügt.

Diese Überlegungen sollen die sowjetische Wohnbautätigkeit nicht verniedlichen, sondern in die richtigen Proportionen rücken: sowohl in den Rahmen der gesamten Konstruktionen als auch in den Rahmen der noch lange nicht gedeckten Bedürfnisse.

Wohnbautätigkeit der UdSSR (in Millionen Quadratmeter)



Statistisches

Sowjetunion Wohnbautätigkeit

Der Wohnbau hat sich, wie unsere Zeichnung nach Darstellungen des statistischen Jahrbuchs der UdSSR 1960 und der «Ekonomitscheskaja Gasjeta» vom 30. März zeigt, innerhalb der letzten fünf Jahre mehr als verdoppelt, wird aber im Rahmen der Gesamtkonstruktionen immer noch relativ stiefmütterlich behandelt.

Laut den sowjetischen Quellen wurden im letzten Jahr im Unionsgebiet 2 978 000 Wohnungen ihrer Bestimmung übergeben. Die erstellte Wohnfläche übertreffe jene der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, der deutschen Bundesrepublik, Schwedens, der Niederlande, Belgiens und der Schweiz zusammengenommen. Auch die relativen Zahlen werden in ähnlichem Lichte präsentiert: In der UdSSR seien 1960 auf 1000 Einwohner 14 Wohnungen errichtet worden, in den USA dagegen nur 7,2.

Diesen imposanten Angaben gegenüber ist immerhin festzustellen, dass die Sowjetunion doch noch einen viel grösseren Bedarf an Wohnfläche hat als die kapitalistischen Länder. In den grossen Städten leben oft genug ganze Familien auf kleinstem Raum zusammengepfercht, wenn man auch der Wohnungsnot durch planmässige Anlage grosser Wohnquartiere in den Aussenbezirken zu begegnen sucht. Ein grosser Unterschied zum Westen besteht vierlerorts in der Qualität der Häuser. Klagen darüber, dass bezogene Wohnungen eigentlich noch keineswegs bezugsbereit seien, sind häufig zu hören. Abgesehen davon, dass viele Siedlungen Barackencharakter haben, müssen die Be-

Ideologie

Jugoslawien

Freiheit des Individuums

Der jugoslawische Kommunist hat eine realistisch-romantische Auffassung von der Freiheit des Individuums. Der chinesische Kommunismus dagegen hat eine kapitalistische Auffassung der Individualfreiheit. Zu dieser Quintessenz gelangte der jugoslawische Minister Milentije Popovic, als er vor Studenten der Universität Novi Sad sprach.

Ueber seine Ausführungen zu zweifellos interessanten Fragestellungen berichtet die Belgrader «Borba» in drei aufeinanderfolgenden Nummern. Popovic, der auch dem Zentralkomitee der jugoslawischen KP angehört, hatte auf folgende drei Fragen Auskunft zu geben: 1. Worin liegt das Wesen einer allseitig entwickelten und freien Persönlichkeit und wie wird sich bei uns der Prozess der Befreiung des Individuums entwickeln? 2. Wie würden Sie den überspitzen Nationalismus, beziehungsweise den Chauvinismus als ethische Frage formulieren? (Die in bezug auf den Vielvölkerstaat Jugoslawien gestellte Frage gab Popovic Gelegenheit, für ein gemässigt Nationalbewusstsein zu plädieren. Auf die aussenpolitischen Beziehungen trat er jedoch — «das Problem muss erst im eigenen und nicht in einem fremder Haus gelöst werden» — nicht weiter ein.) 3. Wo liegt die moralisch-politische Bedeutung des Jahres 1941 für die heutige Generation? (d. h.: Was für spezifische Werte hat die jugoslawische Revolution heute? Popovic hielt sich hier an allgemeine Wendungen und erklärte den Glauben an den Menschen als das wichtigste Prinzip der jugoslawischen Revolution.)

Aufschlussreich waren Popovics Aeusserungen über die Individualfreiheit. Zunächst hielt er durchaus in Linie mit dem dialektischen Materialismus fest, dass der Begriff an sich keinen Sinn habe, sondern lediglich im Rahmen gesellschaftlich-wirtschaftlich-politischer Bedingungen. «Ueber das Problem kann nur in geschichtlichen Kategorien gesprochen werden; ausserhalb dieses Rahmens ist das freie und allseitig entwickelte Individuum bloss eine Abstraktion ohne Grundlage in der Wirklichkeit, die Frucht mehr oder weniger erfolgreicher logischer Konstruktionen und Spekulationen.» Der allgemein kommunistischen Anschauung entsprach auch durchaus die Formulierung, die Befreiung des Individuums sei «nur im Einklang von Produktionserhöhung und von Zuwachs der Produktionskräfte möglich».

Spezifischer aber wurde der ZK-Vertreter, als er die Trennungslinie zwischen den jugoslawischen Kommunisten und den chinesischen «Kommunisten» zog: «Der bürokratische Dogatismus verteidigt im Namen der zukünftigen Ideale, unter der Parole ‚beschleunigter sozialistischer Aufbau‘ sogenannte grosse Entwicklungspläne, d. h. ein bürokratisches und administrativ-zentralistisches System. Das ist jene These, die im Namen der ‚höheren Ziele‘ oder des ‚grossen Sprungs nach vorne‘ eine falsche Vorstellung der Zukunft gibt, den Bürokratismus unterstützt. In diesen zugleich engen und vagen Rahmen stellen sie das Individuum, und die Frage seiner Befreiung verschieben sie auf eine unklare und unbestimmte Zukunft.»